



Berlin „öffnet“ den Föderalismus auf Bezirksebene nach

Anlässlich seines 80sten Geburtstages am 24. Juli, hat *Der Tagesspiegel* den Journalisten, Gründungsintendanten des Deutschlandradios und Bürger Berlins, **Ernst Elitz**, interviewt. In dem Gespräch äußert sich Elitz zum aktuellen Zustand der Medien in Deutschland, aber auch zur Kommunalpolitik. Da das unser Lieblingsthema seit 45 Jahren ist, möchten wir diesen Aspekt etwas ausführlicher beleuchten.

Das ganze Interview können Sie nachlesen unter:

<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/m Medien/ernst-elitz-im-interview-journalismus-wird-zum-thermomix/27449224.html>

Auf die Frage: „*Sie leben in Berlin, Herr Elitz, Sie sind Berliner, Sie kennen jeden Stein. Ist die Hauptstadt auf dem richtigen Weg?*“, antwortet er:

„*Man müsste sich in dieser Stadt mal auf vernünftige Verfahrensregeln verständigen. Dass man den Föderalismus auf Bezirksebene nachöffnet, diese eingebaute Konkurrenz zwischen Senat und Bezirken halte ich nicht nur mit Blick auf die Bürgerämter für misslungen. Der ständige Streit, der sich aus ungeklärten Zuständigkeiten ergibt, lähmt die ganze Stadt und macht sie zu einer Lachnummer außerhalb Berlins.*

Ich halte auch nicht viel von erweiterter Bürgerbeteiligung, denn das läuft immer auf Partikularinteressen und Lobbyismus hinaus. Ich bin Anhänger der parlamentarischen Demokratie, denn dort werden Entscheidungen getroffen, die das Interesse der Allgemeinheit im Blick haben.“

Die Geschichte der Berliner Bezirke, wie es dazu kam, was heute ist, beschreibt *Wikipedia* ausführlich.

https://de.wikipedia.org/wiki/Verwaltungsgliederung_Berlins

Der Istzustand trat nach einer Bezirksgebietsreform 2001 in Kraft. Demnach gibt es zwölf Bezirke, die in 97 Ortsteile untergliedert sind. „*Gemäß Artikel 66 Absatz 2 der Verfassung von Berlin erfüllen die Bezirke ihre Aufgaben nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung. Die Bezirksverwaltungen sind vorrangig für Angelegenheiten vor Ort in den Bezirken zuständig, etwa die Kultur, die Grünflächen oder die Schulen betreffend.*“ Was die Schulen betrifft, so sind hier hauptsächlich die Gebäude gemeint, mit denen

die Bezirke am Tropf des Senats und Abgeordnetenhaus hängen. Zu welchem Zustand das in den Schulen geführt hat, wissen wir. Für Lehrpläne und das Personal ist die Landesebene zuständig.

Die Bezirke haben auch Zuständigkeiten nicht nur für die Grünflächen, sondern auch für den Straßenverkehr. **Jeder Bezirk setzt sein eigenes Fahrradwege-Konzept um, das häufig eher ideologischen als praktischen Nutzen hat.** Auch im Baubereich haben die Bezirke einiges zu melden. Die zuständigen Stadträte haben Narrenfreiheit, wie man exemplarisch in Friedrichshain-Kreuzberg mit Herrn Schmidt und in Tempelhof-Schöneberg mit Frau Heiß erlebt.

Zwar hat die bezirkliche Selbstverwaltung Verfassungsrang, jedoch sind die Bezirke keine eigenständigen Gebietskörperschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit – sie haben nicht einmal den Status einer Kommune. Jede kleine Kommune mit einem Sägewerk, das Gewerbesteuer in die Kasse spült, ist flexibler in seiner Finanzverwaltung als die Berliner Bezirke. Denn die Steuereinnahmen fließen in die Landes- bzw. Bundeskasse. Mit Gewerbeansiedlungen in den Bezirken können sich zwar die Bezirksbürgermeister schmücken, finanzielle Vorteile haben sie davon nicht.

Schon 2008 ist versucht worden, die Bezirke einheitlich zu strukturieren. So richtig erfolgreich war das offenbar nicht, denn nach den Wahlen im September wird ein weiterer Versuch unternommen, in dem es wieder viele Schlupflöcher gibt, womit die Erfolgsaussichten gering sein dürften. Die Grünen sind gegen zu viel Einheitlichkeit in den Bezirken, sondern für Flexibilität bei der Aufgabenverteilung an die Stadträte. **Patchwork statt klare Strukturen.** „*Aus Sicht des Charlottenburg-Wilmersdorfer Bürgermeisters **Reinhard Naumann** (SPD) bleibt dadurch zu viel Flickenteppich möglich: „Verwaltungsstrukturen sollten nicht auf Bezirksamtsmitglieder und ihre Vorlieben zugeschnitten werden“, so Naumann.“*

Quelle: Berliner Morgenpost 11.06.2021

Wenn es um etwas in den Bezirken geht, dann um die Machtverteilung. Das politische Bezirksamt mit echten Koalitionsmöglichkeiten ist immer wieder gescheitert. Somit sind alle Parteien, denen dies prozentual zusteht, mit Sitzen im Bezirksamt vertreten. Es gibt keine Koalitionen, sondern nur „*Zählgemeinschaften*“, dessen einziger Sinn es ist, sich die als öffentlichkeitswirksam vermuteten Ressorts unter den beteiligten Parteien aufzuteilen. Wer nicht zur „*Zählgemeinschaft*“ gehört, stellt sich bitte an die Resterampe an. Das führt dazu, dass man gern für die AfD das Bürger- und Ordnungsamt übriglässt.



Weil zu viel zu tun ist, wird die Zahl der Bezirksamtsmitglieder von fünf auf sechs erhöht, worüber sich vor allem die AfD freuen kann. War sie bislang nur in sechs von zwölf Bezirksämtern vertreten, könnte sie den Sprung in alle schaffen.

Was wäre aber die Alternative zum jetzigen System?

Eine Zentralregierung vom Roten Rathaus aus? Bezirke nur als Anlaufstelle für die klassischen Aufgaben der Bürgerämter? In jedem Bezirk gibt es eine Bezirksverordnetenversammlung (BVV), die sich gern selbst als Parlament bezeichnet, aber weit davon entfernt ist. Man darf die BVV aber auch nicht als demokratische Spielwiese abwerten, denn über die Verteilung der vom Senat zugewiesenen „Globalsummen“ darf sie selbständig entscheiden. Die Bezirksverordneten sind die Vertreter der Bürger gegenüber dem Bezirksamt. So sollte es sein. Die Bürger sehen das häufig anders.

Hilft uns ein Blick nach Hamburg weiter? Dort gibt es auch Bezirke und Bezirksversammlungen. Während in Berlin in allen BVVen 55 Verordnete sitzen, ist deren Anzahl in Hamburg nach der Einwohnerzahl gestaffelt, zwischen 45 und 57. Bezirksbürgermeister gibt es nicht, sondern lediglich Bezirksamtsleiter. Diese werden zwar von der Bezirksversammlung gewählt, müssen aber vor Amtsübernahme vom Senat bestätigt werden. Entscheidungen der Bezirksämter können vom Senat außer Kraft gesetzt werden, „in dem er die betreffende Angelegenheit per Evokation an sich zieht oder fachlich zuständige Senatoren bindende Einzelweisungen erlassen.“ Sicherlich werden die Bezirke die Evokation als Provokation verstehen, was ihnen nichts nützt.

Auch in Berlin gibt es eine Bezirksaufsicht, die rechtswidrige „Beschlüsse und Anordnungen bezirklicher Organe aufheben und verlangen (kann), dass getroffene Maßnahmen rückgängig gemacht werden.“ Und was rechtswidrig ist, bestimmen im Zweifelsfall die Gerichte. Gegen einen rechtmäßigen, aber unsinnigen Beschluss, ist ein Einschreiten des Senats nur in Ausnahmefällen möglich. Was will der Senat machen, wenn ein Bezirk partout einen Investor nicht haben will, dieser aber für Berlin wichtig wäre? Der Senat müsste „dringende Gesamtinteressen Berlins“ geltend machen. „Denkbar ist dies z. B. bei gewichtigen Nachteilen für den Wirtschaftsstandort Berlin. Solche Interessen sind auch gegeben, wenn Belange Berlins als Bundeshauptstadt beeinträchtigt werden oder wenn Weisungen der Bundesregierung nicht befolgt werden.“ Graue Theorie. Ehe so ein Vorgang greifen könnte, ginge viel Zeit ins Land. *Wikipedia*

Die Stellung der Bezirke und der Bezirksbürgermeister wird nach der Wahl gestärkt. Eine Änderung des Istzustandes ist nicht in Sicht. Wir werden also mit diesem System weiterhin leben müssen. Zur „Lachnummer“, wie es **Ernst Elitz** sagt, wird Berlin weniger durch seine Verwaltungsstrukturen, sondern vielmehr, weil so einiges in der Hauptstadt nicht klappt. Ohne es relativieren zu wollen, auf Berlin schaut seit jeher die Welt und vor allem die restliche Republik. Wer sich im ZDF den „Länderspiegel“ anschaut oder bei RTL „Mario Barth deckt auf“ kann sich als Berliner daran erfreuen, wie viel Scheiße andere deutsche Kommunen bauen.

Als „native Berliner“ kann man sich den ganzen Tag über die Verwaltung ärgern, oder sich freuen, hier leben zu können. Die zweistufige Berliner Verwaltungs-Struktur bremst vieles aus, und lähmt die Stadt, da hat **Ernst Elitz** recht.

Es gäbe für mich nur noch eine andere Stadt, in der ich leben könnte, nämlich Hamburg. Auf keinen Fall aber in München oder Bochum. Apropos. In München erscheint die *Süddeutsche Zeitung* und **Hilmar Klute** ist in Bochum geboren. Er veröffentlicht am 23. Juli einen Artikel mit der Überschrift: „**Wer hier wohnt, hat verloren.**“ „Falsch zugeordnete Kinder, verschimmelte Schulen und die Polizei ist nicht erreichbar. Wie am Ende ist Berlin wirklich? Eine wütende Liebeserklärung.“, wird der Beitrag angekündigt. Nun, von Liebeserklärung findet man wenig, eher vom üblichen Berlin-Bashing der Medien aus dem „übrigen Bundesgebiet“, wie wir früher pauschal den Rest der Republik nannten.

Klute hat mit vielem Recht, erhebt aber – gewiss zu viele – Einzel- zu exemplarischen Vorgängen. In einem Fall auch nur aus der *Welt* und dem *Tagesspiegel* abgeschrieben, statt selbst gründlich recherchiert zu haben.

Kostenlos können Sie für einen Monat die *Süddeutsche Zeitung* online lesen.

<https://www.sueddeutsche.de/kultur/berlin-michael-mueller-berliner-senat-1.5360064?reduced=true>

Fazit: Nach dem 26. September wird alles besser. Das Rote Rathaus wird Grün, die Innenstadt autofrei, Terminbuchungen in den Bürgerämter entfallen, einfach vorbeikommen, in die entgegensten Winkel der Stadt fahren Trams, free ÖPNV, und überall gibt's Grünen Tee gratis aus kompostierbaren Bechern. Berlin! Du wirst so wunderbar.

Ed Koch